

## Österreich: Die politische Szene hat sich verändert

*Das vom FPÖ-Chef Haider initiierte Volksbegehren zur Ausländerpolitik hatte nicht den erhofften Erfolg. Es brachte einen Dämpfer für den populistischen Jörg Haider und führte zur Spaltung seiner Partei. Vor allem die katholische Kirche hat sich im Vorfeld des Volksbegehrens massiv gegen Ausländerfeindlichkeit engagiert und dadurch manche Sympathie erworben.*

Die emotional bis zur Siedehitze eskalierte Auseinandersetzung über die Ausländerpolitik in Österreich endete überraschend mit einem Flop für den FPÖ-Parteiohmann *Jörg Haider*, der mit einem Ausländer-Volksbegehren wochenlang die innenpolitische Szene beherrscht hatte. Haider erreichte mit 417000 Unterschriften nicht einmal die von ihm genannte Untergrenze von einer halben Million Zustimmungserklärungen. Seine öffentlich geäußerten Hoffnungen auf 750000 oder gar eine Million Unterschriften erwiesen sich angesichts des mageren Ergebnisses als glatte Illusion. Noch eine Woche vor dem Start des Volksbegehrens hatte das Gallup-Institut in einer Meinungsumfrage erhoben, daß sich nicht weniger als 1,6 Millionen Österreicher für das Ausländer-Volksbegehren aussprachen, und jeder zweite habe die Absicht, dieses Volksbegehren zu unterstützen.

Diese Kluft zwischen den Erwartungen und dem tatsächlichen Ergebnis dürfte in erster Linie auf die *überzogene Demagogie* von *Jörg Haider* zurückzuführen sein. In wiederholten Rundumschlägen hatte der freiheitliche Parteiohmann den populären Bundespräsidenten *Thomas Klestil* massiv attackiert, er nannte den noch populäreren Kardinal *Franz König* verächtlich einen „Pensionisten“ und beschimpfte die Gegner des Ausländer-Volksbegehrens pauschal als „linke Schickeria aus den bestens bewachten Villenvierteln unserer Städte“. *Jörg Haider*, der bisher bei seinen po-

pulistischen Angriffen stets ein hohes Maß von Intelligenz und Instinkt bewiesen hatte, unterlag bei dieser Kampagne für „sein“ Volksbegehren einer *Selbsttäuschung*. Er übersah, daß seine immer wilderen Attacken einen Schulteranschlag von Gegnern ganz verschiedener Herkunft provozierten, so daß schließlich in den Tagen vor dem Volksbegehren über 300000 Menschen unter dem Geläut der Kirchenglocken an „Lichtermeeren“ in Wien und mehreren Landeshauptstädten teilnahmen. Gewerkschafter und viele Mitglieder katholischer Organisationen, Grüne und Freimaurer, Anhänger der ÖVP und der SPÖ, Schauspieler und bekannte Popsänger sowie Jugendverbände verschiedenster Färbung fanden sich bei diesen Veranstaltungen zusammen. Selbst die *Evangelische Kirche*, die sich seit 1945 noch kaum je zu öffentlichen Manifestationen in politischen Fragen entschlossen hatte, rief diesmal zu Protestkundgebungen und öffentlichen Gebetsstunden auf.

### Die große Allianz der Gegner unterschätzt

Diese große Allianz, bei der die Laienorganisation der „Katholischen Aktion“ unter ihrer neuen Präsidentin *Eva Petrik* eine Schlüsselrolle spielte, unterschätzte *Jörg Haider* offensichtlich. Ein schwerer Fehler Haiders war es aber gewiß auch, daß er einerseits *antiklerikale*

*Instinkte* zu wecken versuchte, die es in Österreich gewiß gibt, andererseits aber auf ein Bündnis mit „konservativen Katholiken“ hoffte, und sich dann sogar auf eine Rede des Papstes vor deutschen Bischöfen berief, in der Johannes Paul II. gemeint hatte, der Zustrom von Asylbewerbern könnte unter Umständen zu einer Überforderung und zu einem Umschlag von Hilfsbereitschaft in Abschottung führen.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren nahm die *katholische Kirche* in Österreich eine solche öffentliche Auseinandersetzung mit großer Energie auf. Besonderen Eindruck hinterließen die Worte von Kardinal *Franz König*, der im Fernsehen an das Jahr 1945 erinnerte, in dem Österreich hilflos auf dem Boden lag: „Nicht ein rabiates Gegenüber, sondern ein oft rührendes Füreinander der vielen, die selbst nichts hatten, hat unser Land zu dem gemacht, was es heute ist.“ Besonders nachdrücklich trat KA-Präsidentin *Eva Petrik*, die nach Sonntagsgottesdiensten 700000 Flugblätter mit christlichen Grundsätzen zur Ausländerfrage verteilen ließ, der Behauptung Haiders entgegen, hier gehe es um einen Kulturkampf der Kirche gegen Rechts: „Dieses Etikett lassen wir uns nicht umhängen. Die Kirche ist in dieser Menschenrechtsfrage gefordert, und sie kann sich da nicht in die Sakristei zurückziehen.“

Am überraschendsten in der Auseinandersetzung war wohl der Umstand, daß der Diözesanbischof von St. Pölten, *Kurt Krenn*, der in diversen Interviews ein gewisses Verständnis für das Ausländer-Volksbegehren geäußert hatte, in den Tagen des Volksbegehrens plötzlich völlig eindeutig gegen das Volksbegehren Stellung nahm. Damit zerstoben die Hoffnungen Haiders und seiner Gefolgsleute, auf dem Klavier kircheninterner Auseinandersetzungen spielen zu können. In einer öffentlichen Diskussion mit Haider in Graz erklärte der St. Pöltner Bischof, er unterschreibe das Volksbegehren nicht. Denn es sei nicht möglich, ein nationales Recht gegen die höheren Menschenrechte zu begründen: „Wir sind aufgerufen, denen

zu helfen, die jetzt von uns Hilfe brauchen.“ Man müsse die Ausländer vor dem Verdacht einer verallgemeinerten Kriminalisierung schützen, denn „sie wollen genauso anständig sein wie wir.“ Damit stellte sich Kurt Krenn in eine Reihe mit den nicht minder klaren Stellungnahmen der anderen österreichischen Bischöfe.

---

### Eine Chance für die Kirche?

---

Diese entschlossene Haltung der katholischen Kirche wurde mit verbreiteter Sympathie aufgenommen. So schrieb der bekannte Kommentator *Peter M. Lindgens*, der sonst wohl kaum sehr viel mit der Kirche zu tun hat, daß die Ausländerfrage für weite Teile der SPÖ und der ÖVP vorrangig eine Frage der Taktik sei. Für die katholische Kirche hingegen rühre die Ausländerfrage an der Substanz: „Wenn die Kirche die Brüderlichkeit als entscheidende christliche Tugend aufgibt, gibt sie sich selber auf.“ Allerdings habe auch die Kirche taktische Gründe, sich dieses Themas anzunehmen: „Denn nach Jahrzehnten, in denen die politische Entwicklung entweder völlig an ihr vorbeilief oder sie überrollte – wie in der Frage der Abtreibung, der Scheidung oder der Homosexualität – hat sie erstmals wieder die Chance, eine Frage von wesentlicher gesellschaftlicher Bedeutung mitzuentcheiden, ohne dabei von vornherein aus aussichtsloser Position zu starten. Es gibt zwar eine Menge dumpfer Fremdenfremdlichkeit in Österreich – aber das ist nicht die Haltung der Mehrheit.“

Wenige Stunden nach Bekanntwerden des Volksbegehren-Ergebnisses erklärte die stellvertretende FPÖ-Vorsitzende *Heide Schmidt*, die als freiheitliche Kandidatin bei der Bundespräsidentenwahl mehr als 700000 Stimmen erhalten hatte, mit vier ihrer Abgeordneten-Kollegen den Austritt aus der Freiheitlichen Partei. Die Mandatare gründeten gleichzeitig einen eigenen parlamentarischen Klub unter dem Namen „Liberales Forum“. In einer Fernseh-Konfron-

tation zwischen Jörg Haider und Heide Schmidt, die umgehend als erste Nicht-Deutsche ins Kuratorium der finanzkräftigen „Friedrich-Naumann-Stiftung“ aufgenommen wurde, kam es daraufhin zu Szenen persönlichster Vorwürfe, wie man sie bis dahin selbst in der fast routinemäßig eher schrillen politischen Kultur Österreichs nicht gekannt hat.

Die Abspaltung der fünf FPÖ-Parlamentsabgeordneten führte sofort zu heftigsten rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen, denn ein eigener Parlamentsklub mit fünf Mitgliedern hat das Recht auf finanzielle Subsidien in der Höhe von rund 14 Millionen Schilling, sowie auf eigene Arbeitsräume. Parteichef Haider berief sich auf die Geschäftsordnung des Parlaments, und behauptete, eine Abspaltung von einer Partei könne sich nicht als eigener Parlamentsklub konstituieren. Der sozialdemokratische Nationalratspräsident *Heinz Fischer*, von dem angenommen wird, daß er an der Bildung des „Liberalen Forums“ nichts unbeteiligt gewesen ist, unterstützt die Forderung von Heide Schmidt nach einem eigenen Parlamentsklub nachdrücklich. Die ÖVP hingegen zeigte sich zunächst abwartend – die juristische Situation sei zu unklar. Tatsächlich geht es bei diesem Tauziehen um weittragende politische Weichenstellungen für die Zukunft: Denn die SPÖ hofft zweifellos, mit Hilfe einer kleinen liberalen Partei im Bedarfsfall einen neuen politischen Spielraum im Parlament zu erhalten, während die ÖVP wenig Interesse haben kann, dem sozialdemokratischen Koalitionspartner eine solche Variante zuzugestehen.

Auf diese Weise hat der Dämpfer für Jörg Haider zu einer völligen Änderung der politischen Szenerie in Österreich geführt. Viele Anzeichen sprechen auch dafür, daß das Ausländer-Volksbegehren die *innere Konsistenz der Freiheitlichen Partei* stark verändert hat. Bisher hatte Jörg Haider seine stärksten Erfolge bei jungen Aufsteigern, denen die parteipolitische Verfilzung in Österreich aus begrifflichen Gründen zuwi-

der ist. Mit dem Ausländer-Volksbegehren hat Haider zweifellos viel Sympathien in diesen Kreisen wie auch unter den Studenten und im Mittelstand eingebüßt. Die größten Erfolge hatte das Ausländer-Volksbegehren in den traditionellen Arbeitervierteln der Städte, wo die Angst vor der billigen Arbeitskraft der Ausländer vorherrscht, und wo die Abneigung der einfachen Arbeiter vor den etablierten Funktionären des „Nadelstreifen-Sozialismus“ schon seit langem um sich greift. Mit dieser Veränderung in den Schwerpunkten ihrer Anhänger ist die FPÖ im Begriff, ihr Profil auszuwechseln. Mit dem Ausscheiden liberaler Elemente dürfte sich noch zusätzlich der national-soziale Charakter der FPÖ verstärken, was die Unberechenbarkeit dieser Partei noch erhöhen wird.

---

### Für jede Überraschung gut

---

Schon gibt es Anzeichen, daß sich Jörg Haider mit seiner Partei nunmehr als *Speerspitze gegen den EG-Beitritt Österreichs* verstehen könnte. Als geübter Populist spürt Haider instinktiv, welche EG-Ängste es in Österreich gerade im Zusammenhang mit dem Transitverkehr, der Landwirtschaft und dem Grundkauf gibt. Da die FPÖ seit ihrer Gründung viele Jahre ganz allein und als einzige den Vollbeitritt Österreichs zur EG forderte, wäre eine solche Wendung aus rein taktischen Gründen mehr als erstaunlich, ja unverständlich. Jörg Haider versteht sich aber nun einmal als „Staubsauger“ aller Proteststimmen, und in dieser Funktion ist er für jede Überraschung gut. Im Fall EG hätte ein Schwenk der FPÖ um 180 Grad eine weitere Polarisierung des politischen Lebens in Österreich zur Folge, die alle Schwarzweiß-Ideologen unbändig freuen würde. Dann stünde nach der weit aus überzogenen Polemik um das Ausländer-Volksbegehren die nächste haßerfüllte Auseinandersetzung mit dem simplen Nenner bevor: Alle Demokraten sind für die EG, und nur Faschisten können Bedenken vor dieser Form europäischer Integration haben. *F. C.*